

Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik

Medienmitteilung 26. November 2009

Bundesrat vor dem Klima-Test

Wird die Schweiz zum Hemmschuh für die Uno-Klimaverhandlungen in Kopenhagen?

Der Bundesrat entscheidet morgen Freitag, oder nächste Woche Freitag den 4. Dezember über die Verhandlungsposition der Schweiz an der Uno-Klimakonferenz in Kopenhagen. Damit legt er fest, ob die Schweiz eine konstruktive oder eine hemmende Rolle in den Verhandlungen um ein Klimaabkommen spielen wird. Die Schweizerische Klimaallianz, in der sich über 50 Organisationen zusammengeschlossen haben, hat 15 Prüfsteine formuliert, an denen das bundesrätliche Mandat gemessen werden muss. Sie fordert unter anderem eine Reduktion der Treibhausgase um 40% bis 2020 im Inland und einen finanziellen Beitrag von jährlich 1,7 Mrd. Franken an die internationalen Klimafonds.

In 10 Tagen beginnt in Kopenhagen die Uno-Klimakonferenz. Ziel ist es, ein neues weltweites Klimaabkommen zu verabschieden, welches die 2012 auslaufende erste Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll in die zweite, wirkungsvolle Phase überführt. Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, müssen die weltweiten Treibhausgas-Emissionen spätestens ab 2015 sinken. Gleichzeitig braucht es ausreichende finanzielle Mittel, um die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels und bei Umstellung auf einen kohlestoffarmen Entwicklungspfad zu unterstützen sowie den Urwaldschutz voranzutreiben.

Am 27. November oder am 04. Dezember entscheidet der Bundesrat, welche Positionen die Schweizer Delegation in Kopenhagen vertreten soll. Er legt darin die Schweizer Positionen bei den Klima- und Reduktionszielen, bei der Finanzierung von Anpassungs- und Umstellungsmassnahmen und bei deren nachhaltigen Umsetzung fest. Vom bundesrätlichen Verhandlungsmandat hängt es ab, ob die Schweizer Delegation in Kopenhagen eine proaktive oder eine hemmende Rolle spielen wird.

Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik hat dem Bundesrat am 19. Oktober 2009 15 Forderungen überreicht und ihn aufgefordert, diese in seinem Verhandlungsmandat aufzunehmen. Es gilt nun, die Klimaverträglichkeit des Bundesratsmandats an diesen Prüfsteinen zu messen. Dazu hat die Klimaallianz einen einfachen Fragebogen ausgearbeitet, den wir interessierten JournalistInnen gerne zur Verfügung stellen. Die beiden Hauptforderungen betreffen die Reduktion der schweizerischen Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 (gegenüber 1990) und die Unterstützung der Entwicklungsländer mit jährlich 1.7 Mrd. CHF, damit sie sich vor den Folgen der Klimaerwärmung schützen und sich klimaverträglich entwickeln können.

Fragebogen für JournalistInnen auf Seite 3

Kontakt:

Bernhard Piller

Tel: 044 271 54 64

Mobile: 079 823 64 93

Die 52 Organisationen der Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik:

ACSI – Associazione Consumatrici della Svizzera italiana, Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE), Alliance Sud (Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks), Alpen-Initiative, Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Bethlehem Mission Immensee, Biomasse Schweiz, Brot für alle, Bruno Manser Fonds (BMF), CIPRA Schweiz – Internationale Alpenschutzkommission, Claro fair trade AG, Coordination Energie, DM – échange et mission, ECOPOP – Vereinigung Umwelt und Bevölkerung, Equiterre – Partnerin für nachhaltige Entwicklung, Erklärung von Bern, Fédération romande des consommateurs – FRC, FiBL – Forschungsinstitut für biologischen Landbau, Forum Jugendsession, gibbeco-genossenschaft information baubiologie, Greenpeace, Grüne Partei der Schweiz, Hausverein Schweiz HVS, Holzenergie Schweiz, INWO – Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Mountain Wilderness Schweiz, My Climate, Naturfreunde Schweiz, Oekozentrum Langenbruck, oeku Kirche und Umwelt, PanEco – Stiftung für nachhaltige Entwicklung und interkulturellen Austausch, Pro Natura – Für mehr Natur überall., Rheinaubund – Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Natur und Heimat, SES – Schweizerische Energie-Stiftung, Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband SEV, SGB – Schweizerischer Gewerkschaftsbund, SKF – Schweizerischer Katholischer Frauenbund, SolarSpar, SP Schweiz, SSES – Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie, SSF – Schweizerischer Schutzverband gegen Flugemissionen, Schweizer Vogelschutz SVS / BirdLife Schweiz, SKS – Stiftung für Konsumentenschutz, Suisse Eole, Swissaid – Hilfe die weiterhilft, Swissolar – Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie, Travail.Suisse – Dachorganisation der Arbeitnehmenden, UmverkehR – Zukunft inkl., VBU – Vereinigung Bündner Umweltorganisationen, VCS – Verkehrs-Club der Schweiz, VKMB Kleinbauern-Vereinigung, WWF – for a living planet

Prüfbogen für das Klima-Verhandlungsmandat des Bundesrates	Explizit erfüllt	Nicht abgeschlossen	Explizit schlechtere Vorgabe
Das Mandat des Bundesrates besagt, dass...			
Klima- und Reduktionsziele			
1. die Klimaerwärmung unter 2 Grad gegenüber vor-industriellen Temperaturen bleiben muss.			
2. die globalen Treibhausgas-Emissionen spätestens 2015 ihren Maximalausstoss erreichen sollen.			
3. die Schweiz ihre Treibhausgase im Inland um mindestens 40% von 1990 bis 2020 reduziert.			
4. auch Schwellenländer und aufstrebende Entwicklungsländer nach dem Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung in ein multilaterales Abkommen einwilligen.			
5. die Industrieländer sich verpflichten, nationale Pläne aufzustellen, wie das Land gedenkt bis 2050 netto kein Kohlendioxid mehr auszustossen (zero carbon action plan).			
6. die internationale Luft- und Schifffahrt ab 2013 in ein globales Regime mit Reduktionszielen eingebunden werden soll und ansonsten der Anschluss ans EU-System ab 2012 abgestrebt wird.			
7. in Kopenhagen für die Periode 2013-2017 rechtlich verpflichtende Vereinbarungen zu treffen sind.			
Finanzierung			
8. eine verbindliche und kontinuierliche Generierung von zusätzlich 160 Mrd. USD pro Jahr aus Industrieländern für Entwicklungsländer verabschiedet werden soll.			
9. die Gelder für Anpassungsmassnahmen und für Reduktionsanstrengungen durch Fonds verwaltet werden, die beim Sekretariat der UNO-Klimakonvention angegliedert sind.			
10. die Schweiz für die Periode von 2013 bis 2017 jährlich 1.7 Mrd. CHF für die verschiedenen Finanzierungswege zur Verfügung stellt.			
Umweltintegrität des Abkommens			
11. die Emissionen aus der Waldzerstörung sollen bis 2020 um 75% reduziert, die Rechte der indigenen Völker respektiert und die Biodiversität erhöht werden soll.			
12. die Aktivitäten im Landnutzungsbereich (LULUCF) für alle Vertragsstaaten verpflichtend in die Treibhausgas-Bilanz mit einbezogen werden müssen.			
13. flexible Mechanismen nur zulässig sind, wenn diese die Umweltintegrität nicht verletzen, die Zusätzlichkeit der Reduktionen garantiert ist und die Supplementaritätsregel restriktive interpretiert wird.			
14. im Rahmen des projektbasierten Clean Development Mechanism (CDM) nur Zertifikate gehandelt werden, die den Kriterien des «Gold Standard» entsprechen.			
15. die Verankerung und Förderung eines klimaschonenden Nachhaltigkeitsverständnisses in allen Bereichen und auf allen Stufen der formellen und informellen Bildung vorzusehen ist.			
Total Kreuzchen			